

Ressort: Politik

NRW-CDU protestiert wegen Stellenverlagerung von Bonn nach Berlin

Berlin, 27.07.2013, 08:18 Uhr

GDN - Der nordrhein-westfälische CDU-Vorsitzende und stellvertretende Bundesvorsitzende Armin Laschet unterstützt die jüngste Initiative des Bonner Oberbürgermeisters Jürgen Nimptsch (SPD) mit dem Ziel, die weitere Verlagerung von Ministeriumsstellen nach Berlin zu verhindern. In einem gemeinsamen Brief hatten Nimptsch und der Landrat des Rhein-Sieg-Kreises, Frithjof Kühn (CDU), Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) am Freitag aufgefordert, die gesetzlich festgeschriebene "faire Arbeitsteilung" zwischen beiden Standorten einzuhalten und neue Stellen künftig in Bonn zu schaffen und nicht in Berlin.

"Das Anliegen ist berechtigt. Allerdings hat Nimptsch den falschen Adressaten gewählt", sagte Laschet dazu dem "Kölner Stadt-Anzeiger". "Die Bundesregierung steht zum Bonn/Berlin-Gesetz. Im Wahlprogramm der Union ist das noch einmal klarer und ausführlicher formuliert als 2009." Das Problem bestehe eher darin, dass SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück erklärt habe, er wolle das Bonn/Berlin-Gesetz abschaffen. "Insofern würde ich mir wünschen, dass Nimptsch auch einen Brief an Steinbrück schreibt."

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-18471/nrw-cdu-protestiert-wegen-stellenverlagerung-von-bonn-nach-berlin.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619